

György G. Márkus

Rechtsextremismus in der ungarischen Gesellschaft und Parteipolitik

Bereits der relativ schwache Rechtsradikalismus, der sich recht früh nach der politischen Wende in Ungarn entwickelte, veränderte das Parteiensystem des Landes signifikant. Bereits ab 1988 zeigte sich innerhalb des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF), ab 1990 Regierungspartei, ein nationaler Radikalismus im Umfeld führender Politiker bzw. der Mitgliedschaft der völkischen Strömung. Der Schriftsteller István Csurka, stellvertretender Vorsitzender des MDF, gründete auf der Basis der Ideologie des völkischen – antisemitischen, nationalistischen und revisionistischen – Gedankenguts der Vorkriegszeit 1992 die Partei des Ungarischen Lebens und der Wahrheit (MIÉP).

Mit ihrem altmodischen Radikalismus konnte sie aber keine größeren Massen mobilisieren, kam 1998 zwar knapp ins Parlament, verlor aber nach 2002 wieder ihre politische Relevanz. Trotzdem hat das Phänomen Csurka die politische Landschaft wesentlich verändert. Ministerpräsident József Antall, Parteivorsitzender der MDF, wollte die Ideologie der demokratischen Christdemokratie westeuropäischer Prägung in seiner Partei festigen, ein Ansinnen, dem Csurka entgegen stand. Da Csurka nach Antalls Einschätzung die Masse »der schrecklichen Mitgliedschaft« hinter sich hatte, machte Antall den Nationalisten symbolische und politische Zugeständnisse. So kam es unter anderem zu einer antiliberalen, antisozialistischen und teils antisemitischen Säuberung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen, und es wurde einem semi-offiziellen Wiederbegrabnis des Hitler-Verbündeten und Reichsverwesers István Horthy zugestimmt.

All dies führte zu einer politischen Gegenmobilisierung der demokratischen Bürger und der oppositionellen Parteili-

ten. Die – auch aufgrund ihrer familiären Geschichte auf Nationalismus und Rassismus besonders sensibel reagierenden – Liberalen (SZDSZ – Bund der Freidemokraten) empfanden die Ideologie und die Kulturpolitik der nationalkonservativen Regierungsparteien bedrohlich und begründeten – trotz ihrer bis dahin besonders stark betonten antikommunistischen Einstellung – die Bewegung »Demokratische Charta« mit der ex-kommunistischen Sozialistischen Partei. Das führte einerseits zum Bündnis und ab 1994 zu einer dauerhaften gemeinsamen Regierung, andererseits zu einer strategischen Wende der vermeintlichen »jüngeren« liberalen Bruderpartei von SZDSZ: Der Fidesz (Bund der Jungdemokraten) wechselte in das national-konservative Lager und wurde bald dessen führende Kraft.

Doch erst mit den Wahlen von 2010 änderte sich das Parteiensystem und teilweise auch die Cleavage-Struktur. Das auffälligste Merkmal dieses Wandels war das Erscheinen, besser gesagt das erdrutschartige Hereinstürzen einer neuen, modernen, dynamischen, starken rechtsextremen Partei, der Jobbik, (Bewegung für ein besseres Ungarn). Die wichtigste Trendwende war aber nicht der Erfolg der organisierten extremen Rechten, die auf 17 % Stimmenanteil kamen und an dritter Stelle, also knapp hinter den Sozialisten, lagen. Vielmehr erstaunte der allgemeine Rechtsruck als solcher und die parlamentarische Zweidrittel-Mehrheit der nationalistisch-populistischen Fidesz als hegemoner Machtpartei.

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts waren die Politik und die Gesellschaft Ungarns kulturell-politisch und gesellschaftlich-historisch tief gespalten. Den »authentischen Magyaren«, die ihre ethni-

sche Identität bewahren, pflegen und stärken wollen, standen die »Kosmopoliten« gegenüber, bei denen die nachholende Modernisierung und Verwestlichung der ungarischen Gesellschaft oberste Priorität hatte. Dieser Widerspruch wurde mit »der neuen Formel« der Politik im hegelschen Sinne aufgehoben: Während die eine Hälfte beinahe verschwunden ist, führten die Sieger am Beginn eines stürmischen Prozesses die Entdemokratisierung und die Aushöhung der liberalen Demokratie weiter und das »System der nationalen Zusammenarbeit« ein.

Die ungarische politische Kultur ist zunehmend von Expressivität und Emotionalität geprägt, immer weniger von rationalen Entscheidungen. Die Intensität und die Rolle von Vorurteilen hat in der ungarischen Gesellschaft ein bedrohliches Ausmaß erreicht. In einer von der FES organisierten komparativen Vorurteilsforschung für acht EU-Länder mit Daten aus dem Jahr 2008 wird das düstere Bild über die tief verwurzelte Intoleranz und die Vorurteile bestätigt. Im Durchschnitt hegen zwei Drittel der Befragten eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Ungarn. (Wobei nach dem Antiziganismus, dem intensivsten Vorurteil in Ungarn gar nicht gefragt wurde.)

Im Verlaufe einer Monitoring-Reihe des Instituts für Soziologie der Ungarischen Akademie der Wissenschaften über Rechtsextremismus ab 2008 wurde festgestellt, dass sich die normalerweise als extrem geltenden Befunde auf die Mitte, in vielen Fällen sogar auf die Mehrheit der Bevölkerung bezogen. In einem ersten zusammenfassenden Artikel, der noch vor den Wahlen von 2010 und vor dem eigentlichen Aufstieg der Jobbik veröffentlicht wurde, beschrieb Institutsdirektor Pál Tamás die für viele überraschenden und beunruhigenden Fakten:

- Es gibt eine rechte Bevölkerungsmehrheit von über 54 %, von denen 15,4 % radikal sind.

- 75 % sprechen sich für ein Regieren mit »starker Hand«, genauso viele für einen dezidierten »Führer«, 52 % für ein Ein-Parteien-System aus.

- 60 % weisen eine Verantwortung und eine negative Rolle Ungarns im Zweiten Weltkrieg zurück, nur 12 % bekennen sich dazu.

- 27,5 % befürworten eine Rücknahme der Gebiete, die in Versailles bzw. in Paris »abgetrennt« wurden, 36 % befürworten die Wiederherstellung der führenden Rolle Ungarns im Karpatenbecken.

- 70 % sind der Meinung, dass die Roma die soziale Unterstützung nur ausnutzen.

- Wenigstens ein Drittel der Befragten sind aktive und konsequente Antisemiten. Für 47 % ist der Einfluss von Juden im öffentlichen Leben zu groß.

Der zwei Jahre später durchgeführten Untersuchung zufolge ist das Lager der Radikalen weiter angewachsen, bei minimaler Entschärfung ihrer Positionen. Bei den Themen Antisemitismus, Geschichtsverständnis und Revisionismus sind die Unterschiede zwischen rechts und links groß, im Hinblick auf die »starke Hand«, das Ein-Parteien-System und die Romafrage eher gering. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die Werteorientierungen in Ungarn eher »postsowjetisch« sind denn denen der »Visegrád«-Staaten entsprechend. Die Akzeptanz für Demokratie ist zwischen 1991 und 2009 von 74 % auf 56 %, also um 18 Prozentpunkte gesunken, die Akzeptanz für den Kapitalismus sank gar von 80 % auf 46 %. Diese Anzeichen der Anomie deuten auf schwere Legitimationsdefizite hin. Der abrupte Übergang vom Gulaschkommunismus, von der Geborgenheit der »sanften Diktatur« des späten Regimes János Kádárs zum semi-peripheren Neoliberalismus konnte jedoch bis zum heutigen Tag ohne große Unruhen und Aufruhr ablaufen, obwohl inzwischen die Einkommensunterschiede von 1:4 auf 1:9 angestiegen sind, der Anteil der Armen kletterte auf ein Drittel.

Für die Überwindung der Legitimationskrise gibt es zwei Muster. In den Visegrád-Staaten (Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn) war die Logik des »eingebetteten Kapitalismus« verbreitet. Obwohl ein neoliberales Modell bestimmend war, haben die Staaten die Bevölkerung mit sozialen Transfers versöhnt. Die andere Methode ist eine staatlich geförderte identitätspolitische Orientierung, dank der eine von (Ethno-)Nationalismus durchdrungene Mehrheitsgesellschaft vieles zu erleiden bereit ist, wie die baltischen Staaten oder die Slowakei unter Mečiar. Das verschuldete Ungarn, das auch die europäischen Konvergenzkriterien einhalten muss, kann sich – besonders nach der finanziellen Krise – kein übermäßiges wohlfahrtstaatliches Modell mehr leisten. Eine Staatspartei mit Sendungsbewusstsein verspricht nun Ruhm und Ehre, ermuntert die Nation, ihre ethnisch-völkische Identität und ihr Überlegenheitsgefühl auszuleben. Diese Art von Legitimation durch das Aufspüren von Sündenböcken kann in Ungarn erfolgreich sein, weil in den Denkmustern und den Emotionen der Menschen mit Verweis auf die ungarische Geschichte ein Konsens darüber besteht, dass Ungarn zu Unrecht viel gelitten habe. Bereits 2005 gab ein Viertel der Befragten die Schuld für das unglückliche Schicksal der Nation dem Westen und den inneren Feinden. Der *Index Demand for Right Wing Extremism* (DEREX) sieht Ungarn beim Indikator »Vorurteile« und bei rechten Wertorientierungen an erster Stelle, beim Indikator »Angst« hinter Bulgarien an zweiter Stelle.

Wie kam es zu dem rechtsextremen Aufstieg bei den Europawahlen von 2009 und dem Rechtsruck bei den Wahlen von 2010? Zwischen 2006 und 2008 ereignete sich eine erschreckende Serie von Verbrechen, die auch Lynchjustiz und eine Mordserie an Roma umfasste. Die Medien forcierten in der Folge die Anti-Roma-Berichterstattung, doch trotz einer aufgewühlten feindlichen Stimmung bei der

Mehrheit agierten die politischen Akteure relativ gemäßigt. In diesem Umfeld positionierte sich auch die bis dahin eher marginale Jobbik.

Das Jahr 2006 mit dem erneuten Sieg der sozialliberalen Koalition bescherte der Bevölkerung trotz anderslautender Versprechen ein striktes Sparprogramm. Dazu kam, dass eine Geheimrede des Ministerpräsidenten Gyurcsány über die permanenten Lügen der Regierenden aufgezeichnet und veröffentlicht wurde und die Bevölkerung empörte und bürgerkriegsähnliche Unruhen auslöste. Unter Mitwirkung randalierender rechtsextremer Gruppen entschloss sich zudem das radikalisierte Fidesz, die Regierung und die diskreditierten Regierungsparteien weiter zu destabilisieren.

Bei den Wahlen 2010 stellte sich heraus, dass sich die über lange Zeit festgefügte Struktur der Konfliktlinien modifiziert hatte. Die kulturelle Cleavage zwischen westlich Orientierten und nationalen Traditionalisten hatte sich zur zentralen Konfliktlinie der globalen Neuen Moderne weiterentwickelt: zwischen Öffnung und Schließung. Die systembezogene Cleavage besteht nun zwischen liberaler Demokratie und autoritärer Herrschaft. Was den sozioökonomischen Gegensatz betrifft, geht es hier – bei einem Anteil von 35-40 % Armen – um die Gegenüberstellung von Marktwirtschaft bzw. gelenktem Staatskapitalismus.

Jobbik vertritt hier den extremen Pol. Die durch die Wende und danach wiederholt verunsicherte Mitte der Gesellschaft findet hier die für sie verständliche, von Vorurteilen getragene Sprache der Ressentiments als geeigneten politischen Ausdruck ihrer Angst und Kränkung. Jobbik ist nicht nur die Partei der Wohlstandsverlierer. Der rasche Aufstieg schuf jedoch den Eindruck, es ginge um eine Partei der Loser, da Jobbik besonders in den abgehängten nord-östlichen Regionen erfolgreich war, wo auch Roma und Nicht-Roma nebeneinander leben. Die genaueren em-

pirischen Forschungen haben das Bild aber verändert. Seit 2010 wissen wir, dass der typische Jobbik-Stammwähler aus der Mittelschicht kommt. Der Grund der Radikalisierung seiner Anhänger ist weniger sozio-ökonomisch, vielmehr kulturell und ideologisch. Es geht um Liberalismusfeindlichkeit, um Unsicherheit, die sich aus dem neuen Wertepluralismus ergibt. Statusangst und eine empfundene Bedrohung der eigenen Identität sind ebenso wichtige Faktoren.

Eine andere Überraschung der Wähleranalyse ist die Überrepräsentation von Nicht-Gläubigen: Jobbik bietet also »nur« eine weltliche politische Religion. Jobbik-Sympathisanten sind vorrangig männlich, zwischen 20 und 40 Jahren alt, vertreten einen Antiziganismus, Antisemitismus und gehören allgemein zum Anti-Establishment. Zumeist sind sie gebildet, haben Abitur oder sogar ein Diplom, leben in überdurchschnittlichen Verhältnissen, sind aktiv, leben hauptsächlich in der Stadt und neigen einem Autoritarismus zu. Überdurchschnittlich ist die Anziehungskraft der Partei bei Jugendlichen.

Jobbik stellt also den »Extremismus der Mitte« (Seymour Martin Lipset) im doppelten Sinne dar: Einerseits geht es um die Breite der Akzeptanz, andererseits um Werte und Attitüden, die für die Mittelklasse typisch sind. Jobbik und ihre Sympathisanten sind in der Regel aktive Internet-Nutzer, betreiben erfolgreich Websites und Blogs und sind zumeist bei Facebook. Das ist Teil auch einer allgemeinen rechtsextremen Jugend-Subkultur. Neben Jobbik gibt es noch einige legale und illegale rechtsradikale Gruppen in Ungarn. Aus der Partei heraus wurde 2007 die paramilitärisch rassistische Ungarische Garde (Magyar Gárda) gegründet. Sie bescherte Jobbik besonders große mobilisierende und gegenmobilisierende Effekte sowie nationale und internationale Aufmerksamkeit.

Obwohl Fidesz meistens als eine nationalistische rechtspopulistische Partei ein-

gestuft wird, ist bei Kritikern auch die Ansicht verbreitet, es handele sich eigentlich um einen rechtsextremen politischen Akteur. Meiner Meinung nach ist Fidesz eine nationalistische Partei des sogenannten *state capture*, des autoritären Staatskapitalismus à la Putin. Im Unterschied zu Jobbik hat

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

der Souveränismus von Viktor Orbán auch eine pragmatische Komponente. Er verleiht seiner Europafeindlichkeit, seiner Skepsis gegenüber dem Westen den Anschein, als wäre er der Retter des niedergehenden Europas. Als eine Art »Freiheitskämpfer« will er einer der leitenden Politiker der Europäischen Volkspartei bleiben.

Seit dem politischen Aufstieg von Jobbik sind Fidesz und die Partei von Gábor Vona politische Rivalen, Gegner einerseits, zur gleichen Zeit aber auch ideologisch verwandt. Man muss nur daran erinnern, dass Vona 2001 noch Fidesz-Mitglied war. Orbán hatte damals mit Vona darauf spekuliert, dass in dem militanten »Bürgerkreis« »Bündnis für die Nation« die damalige Jugendbewegung Jobbik als Bindeglied zwischen seiner Partei und rechtsextremen, nationalradikalen Organisationen fungieren könnte.

Die Analyse der Wählerströme hat für 2010 festgestellt, dass rund die Hälfte der Wähler von Jobbik aus dem 2006er Lager von Fidesz stammte, ein Drittel von den Sozialisten, der Rest aus dem Lager der Nichtwähler. Es wird geschätzt, dass Jobbik nur zwei Drittel des rechtsextremen Potenzials erreicht und dass ein Drittel der Fidesz-Wähler mit rechtsextremen Ideen sympathisiert. Allerdings gibt es einen nicht unerheblichen Wähler-Austausch zwischen den zwei nationalistischen Parteien. Jobbik-Anhänger werden einerseits durch die Aussicht auf Mehrheiten und Macht verführt, andererseits dadurch, dass – bei verwandten Wertesymphatien und Attitüden – das rivalisierende Fidesz sehr bewusst

und kontinuierlich Jobbik-Themen übernimmt und besetzt. Übereinstimmungen gibt es vor allem in der symbolischen Politik, in der Kulturpolitik, in der »Nationspolitik«. Zentrale Parolen und Thesen sind identisch.

Wichtig ist jedoch der Unterschied. Orbán will seine Position in der Führung der Europäischen Volkspartei mit seiner Doppelzüngigkeit bewahren. Beim Thema Rassismus beispielsweise ist er vorsichtig, obwohl einige prominente Parteifreunde weniger zurückhaltend sind. Die Grauzone zwischen den zwei Parteien ist allerdings beträchtlich.

Die Parlamentswahlen am 4. April haben den Rechtsruck vom 2010 klar bestätigt und fortgesetzt. Die Linke konnte ihren Anteil bei der Auszählung der Zweitstimmen auf 26 % verbessern, Fidesz konnte seine Zwei-Drittel-Mehrheit – unter anderem dank eines gesetzlich manipulierten Wahlsystems und eines asymmetrischen Medienzugangs für die verschiedenen Parteien in einem eher autokratischen als demokratischen Regime – verteidigen, obwohl es von 53 auf 44,5 %

Zwischen Parlaments- und Europawahl

abrutschte. Jobbik als quasi eigentlicher Sieger kam auf 20,5 %. Fidesz erreichte in 106 Wahlbezirken den ersten Platz, die Linke in 10 Bezirken, Jobbik dagegen in keinem. Aber teils in den wohlhabenden Bezirken Westungarns, teils in armen östlichen Siedlungen wurde die rechtsextreme Partei zweitstärkste Kraft.

Wenn man erklären will, dass ein gestärktes Jobbik nun gute Chancen hat, die zweitstärkste Kraft bei der Europawahl zu werden, muss man auf folgende Punkte verweisen: Die Partei führt eine professionelle Kampagne und betont dabei vor

allem die soziale Komponente. Sie wirbt landesweit intensiv, besonders in den kleineren Siedlungen, und spricht sowohl die harmlose Schickimicki-Sprache als auch die des offenen Rassismus.

Die sozioökonomische Situation im Land verlangt Antworten, wozu die alles andere als charismatische Linke nicht fähig ist. Einerseits ist Sie in einander quasi feindlich gegenüberstehende Lager zersplittert, andererseits stellt sie die alten, vielfach diskreditierten Gesichter in den Vordergrund. Diese verunsicherte Linke ist keine Alternative zu einem sich dynamisch präsentierenden, quasi einheitlichen, straff geführten »Fidesz-Ungarn«. Wähler, die immer noch oder schon wieder von der Linken enttäuscht sind, wandern zu Jobbik ab oder bleiben zu Hause.

Der von den Großparteien (Fidesz gegen Linke und Liberale) geführte »Kulturkampf« hat dazu geführt, dass die echten Neonazis mehr oder weniger aus dem Blick geraten sind. Gleichzeitig ergibt sich für Fidesz ein strategisches Dilemma. Was ist ihr wichtiger: die Rivalität gegenüber Jobbik oder die – zumindest partielle – Seelenverwandtschaft? Kurz vor den Wahlen warnte Orbán jedenfalls mit Blick auf die Alternative der EU-Gegner: »Nur das Fidesz, ihr sollt eure Stimmen nicht teilen«.

Zwei Tage nach dem Wahlsieg am 4. April kam bereits ein symbolisches Angebot an die Rechtsextremen: Ungeachtet der Empörung der jüdischen Gemeinde, zahlreicher antifaschistischer Zivilorganisationen und der linken Parteien sowie einem schriftlichen Versprechen Orbáns an die jüdische Gemeinde soll im 70. Jahr des ungarischen Holocaust im Herzen der Hauptstadt der Bau des Mahnmals zur Erinnerung an die deutsche Besatzung (des unschuldigen) Ungarns beginnen.



György G. Márkus

ist Professor für politische Soziologie am Budapest College for Management, Senior Researcher der Ungarischen Akademie der Wissenschaften.

gmarkusg@t-online.hu